

**FRANK JUNGBLUTH**

Pressesprecher

ANSCHRIFT Hannah-Arendt-Platz 1  
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4011/13

FAX 0511/3030-4808

E-MAIL [spdpreise@Lt.niedersachsen.de](mailto:spdpreise@Lt.niedersachsen.de)

INTERNET [www.spd-fraktion-niedersachsen.de](http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de)  
[www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen](https://www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen)  
[www.twitter.com/SPD\\_FraktionNDS](https://www.twitter.com/SPD_FraktionNDS)

23.03.2017

Pressemitteilung Nr. 17/966

## **Pantazis zur heutigen Cannabis-Anhörung: „Prävention und Entkriminalisierung ja, Legalisierung nein!“**

In der Anhörung zum FDP-Antrag „Cannabis entkriminalisieren - Jugendschutz stärken“ im Gesundheitsausschuss des Niedersächsischen Landtags am heutigen Donnerstag, 23. März, wurden nach Ansicht des SPD-Gesundheitsexperten und Arztes Dr. Christos Pantazis keine überzeugenden Argumente für eine wie von der FDP geforderten Legalisierung von Cannabis vorgetragen:

„In Bezug auf die Freigabe von medizinischem Cannabis als Medikament für besondere Patientengruppen gibt es mittlerweile einen großen überparteilichen Konsens. Nach der Anhörung im Ausschuss bleibt jedoch die Einschätzung, dass Cannabis mitnichten eine harmlose Substanz ist und eine gesetzliche Freigabe zu Genusszwecken gerade aus suchtfachlicher Sicht kritisch zu sehen ist.“

Nach den Einschätzungen der angehörten Expertinnen und Experten sei auch nach einer generellen Legalisierung von Cannabis nicht damit zu rechnen, dass die vom Antragssteller gewünschten Effekte – beispielsweise ein Rückgang des Drogenkon-

sums – eintreffen würden. „Vielmehr wurde darauf hingewiesen, dass ein legaler Cannabismarkt den Jugendschutz eher gefährden würde und nur eingeschränkt zur Eindämmung des Schwarzmarktes beitragen könnte“, betont Pantazis.

Vor diesem Hintergrund zieht Dr. Pantazis für die Politik folgendes Resümee: „Neben einer Stärkung von Prävention und Aufklärung über die Gesundheitsgefahren des Cannabiskonsums erscheint – schon aus Gründen der Rechtssicherheit – die Einführung einer bundeseinheitlichen Eigenverbrauchsgrenze für den Besitz geringer Mengen von Cannabis notwendig.“

„Auch aus Gründen des Jugendschutzes bleiben wir deshalb bei unserer Devise: Prävention und Entkriminalisierung ja, Legalisierung nein“, so der SPD-Politiker.

Darüber hinaus regt Suchtexperte Dr. Pantazis an, der Forderung stattzugeben, zu dieser Thematik eine Enquete-Kommission auf Bundesebene einzurichten.